

## **Spitzenkandidatin Diana Golze (DIE LINKE) über Prävention und Kinderrechte** Podiumsdiskussion mit Minister der Justiz im Fontane-Klub

"Nichts ist so stark wie eine Idee, deren Zeit gekommen ist", zitierte Diana Golze den französischen Schriftsteller Victor Hugo am 2. September auf dem Podium im Gelben Salon des Fontane-Klubs.

Damit warb das Mitglied des Bundestages, der Kinderkommission des Deutschen Bundestages und die Spitzenkandidatin des Landes Brandenburg sowie Direktkandidatin der LINKEN im Wahlkreis 60 zur Bundestagswahl um Unterstützung für ihr Engagement zur Stärkung von Kinderrechten und deren Festschreibung im Grundgesetz.

Golze spannte damit einen Bogen von der Resozialisierung von Strafgefangenen zur Prävention schon im Kindesalter. Gemeinsam mit Dr. Volkmar Schöneburg (DIE LINKE), Minister der Justiz des Landes Brandenburg, und Dr. Andreas Bernig (DIE LINKE), Mitglied des Brandenburger Landtags und stellvertretender Vorsitzender der Gewerkschaft der Polizei Brandenburg, war sie der Einladung des LINKEN-Kreisverbandes Brandenburg an der Havel zur Podiumsdiskussion unter dem Motto "Resozialisieren oder Wegsperrern?" gefolgt.

Vor gut 40 BesucherInnen erläuterte Schöneburg Teile des am 1. Juni diesen Jahres in Kraft getretenen neuen Strafvollzugsgesetzes des Landes Brandenburg und die stärkere Orientierung auf den so genannten Behandlungsvollzug, also die Vorbereitung auf die Entlassung und das Leben "draußen" schon mit Beginn der Haft. "Auch Strafgefangene sind Träger der Menschenrechte", betonte der Justizminister, und müssten dementsprechend auch als "Staatsbürger hinter Gittern" behandelt werden.

Die allgemeine Rückfallquote von Strafgefangenen liege bei 50%, sie könne jedoch durch eine Ausbildung in der Justizvollzugsanstalt (JVA) und Hilfe bei der Suche nach Arbeit nach der Entlassung auf 32% gesenkt werden.

Die Stärkung der Eigenverantwortung von Strafgefangenen, eine gute Entlassungsvorbereitung, die Aufrechterhaltung der Kontakte nach "draußen" und die Erhöhung der monatlichen Besuchszeiten nannte Schöneburg als Schwerpunkte des neuen Gesetzes.

Die Fragen der Anwesenden drehten sich unter anderem um das Wohngruppenkonzept, das Verhältnis zwischen Polizei und Justiz und die Ersatzfreiheitsstrafe bei Nichtbezahlen von Geldstrafen. Natürlich nahmen der Fall des vor wenigen Wochen für Schlagzeilen und Angst sorgenden Pädophilen und die Veröffentlichung eines Buches durch den in der Brandenburger Justizvollzugsanstalt wegen Volksverhetzung einsitzenden Rechtsextremisten Horst Mahler einen großen Raum in der Diskussion ein.

Der Fall Horst Mahler "stellt nicht die Sicherheit als solches in Frage", sei aber trotzdem nicht entschuldigbar, erklärte Schöneburg. Er verteidigte die nun zurückgenommenen Haftverleicherungen für den 77-jährigen Volksverhetzer, der große gesundheitliche Probleme habe. Würde dieser Mann in der JVA Brandenburg sterben, so könnte die JVA bzw. Brandenburg an der Havel zum Wallfahrtsort für Rechtsextremisten werden, ähnlich wie bei Rudolf Heß in Berlin bzw. Wunsiedel, warnte der Justizminister. Dies sei eine "nachvollziehbare Begründung", pflichtete

ihm Bernig bei, der gleichzeitig betonte, froh darüber zu sein, dass der Soldatenfriedhof in Halbe mittlerweile für (Neo-)Nazi-Aufmärsche tabu ist. Erfreulicherweise blieb die Debatte trotz dieser emotional aufgeheizten Themen stets sachlich. "Jeder Euro, den ich heute in der Kinder- und Jugendarbeit einspare, kostet mich später sechs Euro für Unterbringungskosten, Therapien usw.", bekräftigte Golze noch einmal ihren präventiven Ansatz zur Kriminalitätsvermeidung. In diesem Zusammenhang bedauerte sie die "Verweigerungshaltung des Bundesgesundheitsministers", der bisher keine FührungsvertreterInnen des Ministeriums zum im März 2010 von der Bundesregierung eingerichteten Runden Tisch "Sexueller Kindesmissbrauch", dessen Vertreterin der LINKEN Golze ist, entsandte.